

Prof. Dr. Walter Krämer,  
Fakultät Statistik, TU Dortmund

**Unabhängige Politikberatung  
in Zeiten von  
Wirtschaftskrisen**

Liebe Mitbürger,  
die Entscheidungen, zu denen sich die Kanzlerin auf dem Gipfeltreffen der EU-Länder gezwungen sah, waren falsch. Wir, Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler der deutschsprachigen Länder, sehen den Schritt in die Bankenunion, die eine kollektive Haftung für die Schulden der Banken des Eurosystems bedeutet, mit großer Sorge. Die Bankschulden sind fast dreimal so groß wie die Staatsschulden und liegen in den fünf Krisenländern im Bereich von mehreren Billionen Euro. Die Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder Europas dürfen für die Absicherung dieser Schulden nicht in Haftung genommen werden, zumal riesige Verluste aus der Finanzierung der inflationären Wirtschaftsblasen der südlichen Länder absehbar sind.

# Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung in Deutschland

## 1. „Offiziell“ unabhängige Institutionen

- „Rat der Weisen“
- Monopolkommission
- wiss. Beirat Bundesversicherungsanstalt
- Große Wirtschaftsforschungsinstitute (RWI, DIW, Ifo, HWWA, ...)
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen
- Beratergremium für den Armuts- und Reichtumsbericht
- ...

## 2. Interessenvertreter

- Institut der deutschen Wirtschaft
- Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung
- Wissenschaftliches Institut der Ortskrankenkassen
- Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung
- ...

***„Bezahlbare und hochwertige medizinische Versorgung für jedermann. Spitzenmedizin für jedermann grundsätzlich.“***

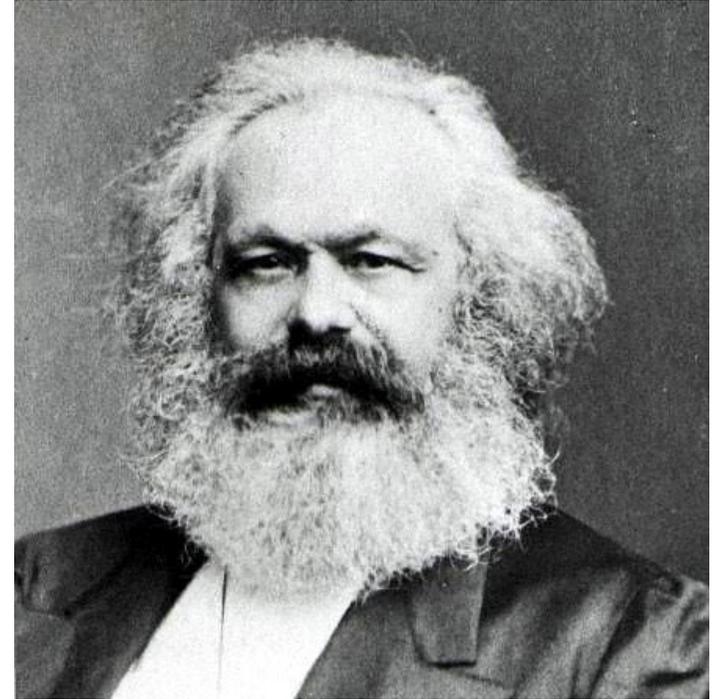
**Edmund Stoiber 2006**

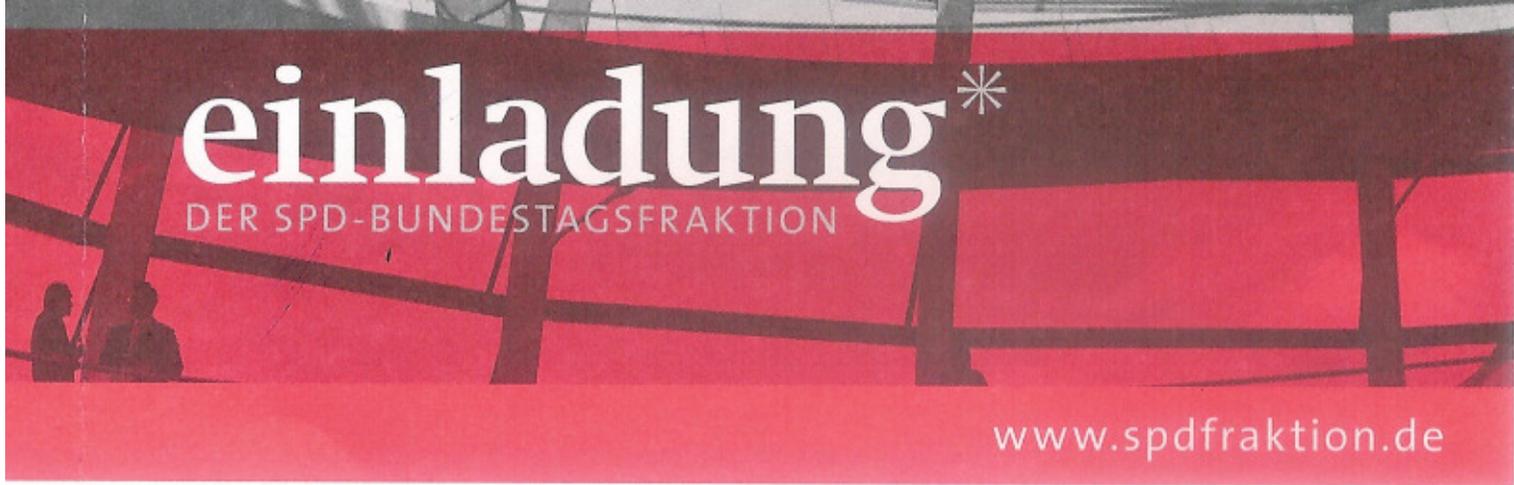
***„Überlegungen zu einer Priorisierung stehen deshalb im BMG nicht auf der Tagesordnung“***

**Philipp Rösler 2009**

***„Wenn in einigen Staaten der letzteren auch ‚höhere‘ Unterrichtsanstalten ‚unentgeltlich‘ sind, so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel zu bestreiten.“***

Kommentar von Karl Marx zum tertiären Bildungswesen in den USA, März 1875.





**einladung\***

DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Konferenz

# **Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht**

**Fakten, Analysen und politische  
Antworten**

Donnerstag, den 8. November 2012,  
um 13.30 Uhr  
im Reichstagsgebäude, Berlin

MONTAG, 19. MAI 2008

# Jeder achte Deutsche ist arm

Regierungsbericht: Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende besonders betroffen

**Berlin** – Jeder achte Deutsche lebt in Armut. Zu diesem Ergebnis kommt der Armutsbericht der Bundesregierung, der Anfang dieser Woche veröffentlicht werden soll. „Wenn es die Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld II, Wohn- und Kindergeld nicht gäbe, dann hätten wir statt 13 Prozent 26 Prozent Arme“, sagte Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) der „Bild am Sonntag“.

Am schlimmsten sei die Lage für Langzeitarbeitslose sowie Alleinerziehende und deren Kinder. „Allerdings: Haben die Eltern Arbeit, sinkt das Armutsrisiko auf nur noch vier Prozent der Haushalte mit Kindern“, so Scholz. Es sei also richtig, „wenn wir es

mit dem Ausbau der Kinderbetreuung den alleinerziehenden Eltern leichter machen, eine Arbeit zu finden“.

Besonders bedrückend sei, „dass die Zahl derjenigen, die arbeiten und sich trotzdem im Armutsrisikobereich befinden, größer geworden ist“, sagte Scholz weiter. Deshalb müssten Mindestlöhne eingeführt werden. Die Schere zwischen Arm und Reich habe sich weiter geöffnet: „Die Einkünfte der Reichen sind gewachsen, dagegen sinken die Einkommen im unteren Bereich leicht, im mittleren stagnieren sie.“

Wer sehr wenig Geld hat, habe auch statistisch kürzere Lebensaussichten als Men-

schen mit hohem Einkommen, sagte Scholz. Positiv sei, dass Armut gegenwärtig seltener sei als früher.

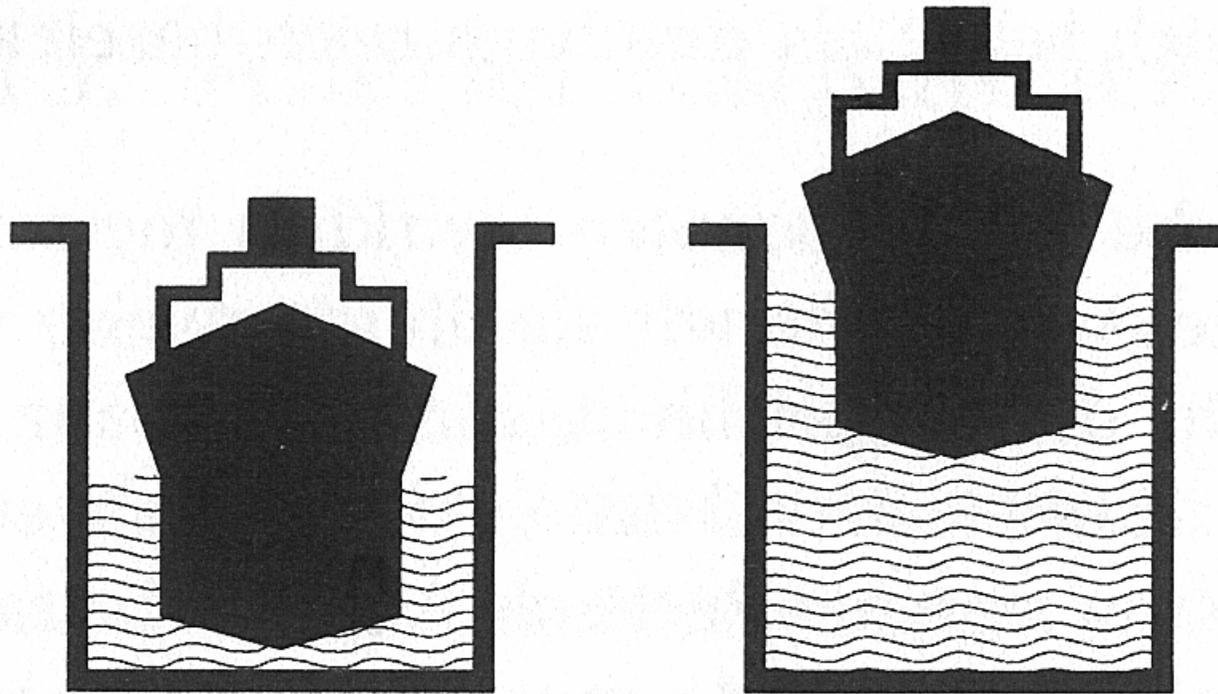
Auch wenn es mittlerweile gelungen sei, die „physische Form der Armut“, etwa Wohnungslosigkeit, in den Griff zu

## Wer als „arm“ gilt

■ Laut Bundesregierung gilt als arm, wer als Alleinlebender weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdient, also **781 Euro netto im Monat**. Als reich gilt dagegen, wer als Alleinlebender netto mehr als **3418 Euro** zur Verfügung habe oder als Familie mit zwei Kindern mehr als 7178 Euro netto im Monat.

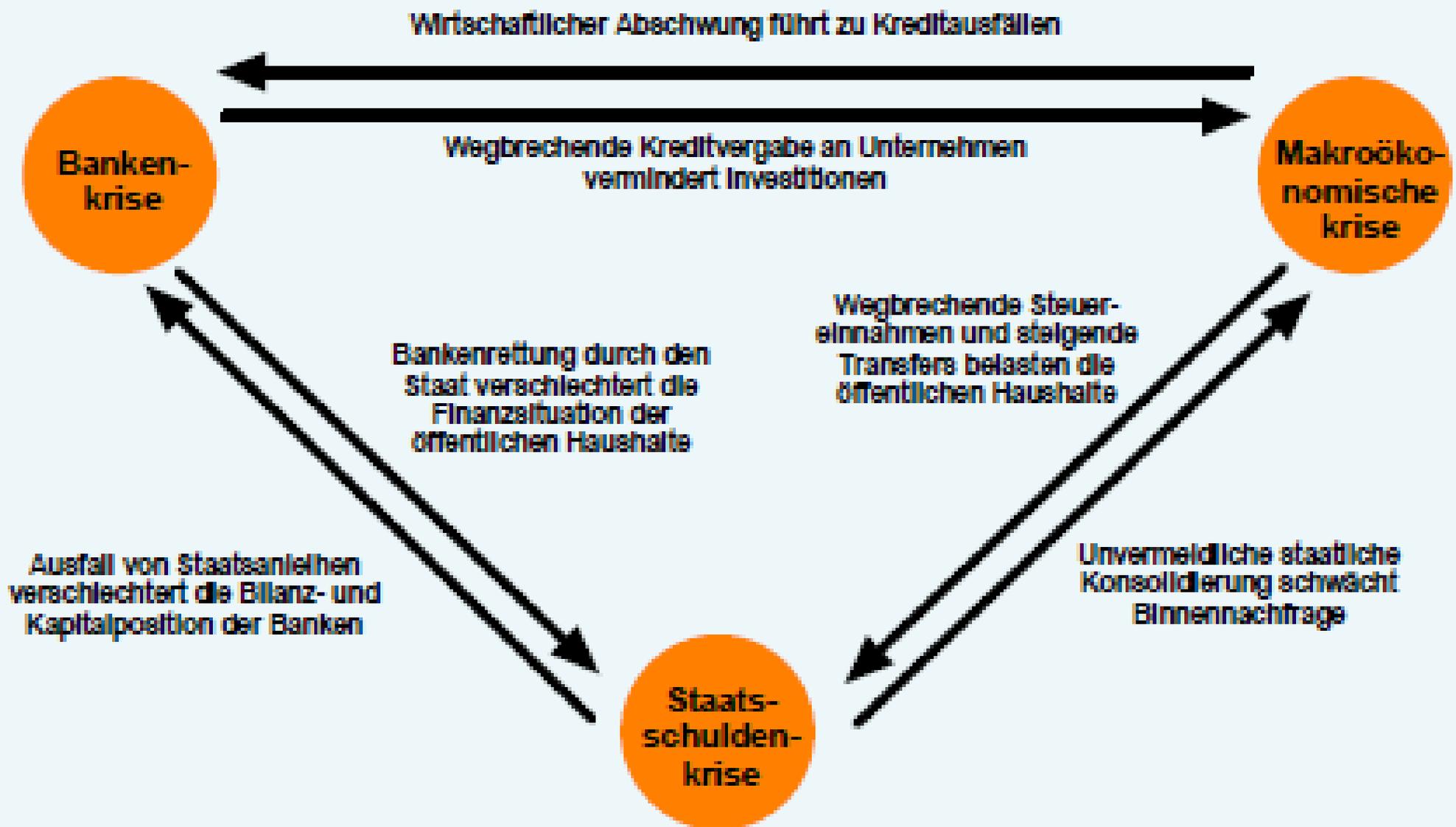
bekommen, sei Armut heutzutage nichts Abstraktes, betonte Scholz. „Die Betroffenen merken das schon. Es tut weh, wenn man auf jeden Cent achten muss“, sagte Scholz. Das Schlimmste sei aber, „wenn das Gefühl dazukommt: Ich kann an meiner Lage nichts ändern, ich habe keine Chance mein Leben zu verbessern“.

Die FDP warf der SPD vor, seit ihrer Regierungsbeteiligung 1998 den Mittelstand durch Steuer- und Abgabenerhöhungen immer stärker unter Druck gesetzt zu haben. Auch die Linkspartei wertete den Armutsbericht als Ergebnis der Politik der früheren rot-grünen und jetzigen schwarz-roten Regierung.



*Ganz gleich wie hoch das Wasser in der Schleuse steht:  
der Teil des Schiffes unter der Wasserlinie bleibt immer gleich*

# Teufelskreis der Banken-, Staatsschulden- und makroökonomischen Krise<sup>1)</sup>



Quelle: Sondergutachten des Sachverständigenrates vom 5. Juli 2012

THE POLITICAL ECONOMY OF THE  
EUROPEAN ECONOMIC AND MONETARY  
UNION: POLITICAL SOURCES OF AN  
ECONOMIC LIABILITY

**Erschienen 1997!**

Martin Feldstein

Working Paper 6150

<http://www.nber.org/papers/w6150>

***„The political leaders in Europe are prepared to ignore these adverse consequences because they see European Monetary Union as a way to further the political agenda of a federalist European Union.“***

Martin Feldstein 1997

Erstausgabe 1998, 2007, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025

■ Hans-Werner  
Sinn

# DIE TARGET FALLE

Gefahren für  
unser Geld und  
unsere Kinder

HANSER

www.hanser.de

Titel

# Kalte Enteignung

Die Notenbanken überschwemmen die klammen Industriestaaten mit Geld. Das hilft den Regierungen, ihre Schulden zu senken, raubt aber den Bürgern ihre Ersparnisse. Die Geschichte einer perfiden Umverteilung – von unten nach oben.

---

DER SPIEGEL 41 / 2012

Wenn die Schuldner nicht zurückzahlen können, gibt es nur eine Gruppe, die die Lasten tragen sollte und auch kann: **die Gläubiger selber**, denn sie sind das Investitionsrisiko bewusst eingegangen und nur sie verfügen über das notwendige Vermögen.

EURO

# Hering und Wodka

Mit zehn Milliarden Euro werden die Europäer wohl die maroden Banken Zyperns stützen. Ein geheimer BND-Bericht enthüllt nun: Von den Hilfen profitieren vor allem reiche Russen, die ihr Schwarzgeld auf der Mittelmeerinsel angelegt haben.

„Weder der Euro noch der europäische Gedanke als solcher werden durch die Erweiterung der Haftung auf die Banken gerettet; geholfen wird statt dessen der Wall Street, der City of London – auch einigen Investoren in Deutschland - und einer Reihe maroder in- und ausländischer Banken, die nun weiter zu Lasten der Bürger anderer Länder, die mit all dem wenig zu tun haben, ihre Geschäfte betreiben dürfen.

Die Sozialisierung der Schulden löst nicht dauerhaft die aktuellen Probleme; sie führt dazu, dass unter dem Deckmantel der Solidarität einzelne Gläubigergruppen bezuschußt und volkswirtschaftlich zentrale Investitionsentscheidungen verzerrt werden.“

# German Economic Review

Contents:

Walter Krämer	Editorial
Mojmir Hampf	The Case of European Monetary Integration and its Former Hegemon
Andreas Dombret André Ebner	<u>Default of Systemically Important Financial Intermediaries: Short-term Stability Versus Incentive Compatibility?</u>
Stefan Kawalec, Ernest Pytlarczyk	Controlled Dismantlement of the Eurozone: A Strategy to Save the European Union and the Single European Market
Ales Bulir, Martin Cihak, Katerina Smidkova	Writing Clearly: The ECB's Monetary Policy Communication
Florence Huart	Is Fiscal Policy Pro-cyclical in the Euro Area?
Alexander Zimper	Optimal Liquidity Provision Through a Demand Deposit Scheme: The Jacklin Critique Revisited
	Index: Volume 12, 1012
	Acknowledgement